

PRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017





INHALT

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) ist die Spitzenorganisation der deutschen Kunststoff verarbeitenden Industrie. Als Dachverband bündelt und vertritt er die gemeinsamen Interessen seiner Trägerverbände und agiert dabei als Sprachrohr gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Die Kunststoff verarbeitende Industrie ist mit einem Jahresumsatz von 59,8 Mrd. Euro und 316.000 Beschäftigten in 2.853 Betrieben einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Die vorwiegend mittelständisch geprägte Branche zeichnet sich durch hohe Innovationskraft und eine vielfältige Produktpalette aus. Kunststoffe werden zu Verpackungen, Baubedarfsartikeln, technischen Teilen, Halbzeugen, Konsumwaren und vielen anderen Produkten verarbeitet.

Kontakt:

Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Kaiser-Friedrich-Promenade 43 • 61348 Bad Homburg

Tel. 06172 92 66 61 • Fax 06172 92 66 74

info@gkv.de • www.gkv.de

PRIORITÄTEN

	Seite 5
1 RESSOURCENEFFIZIENZ, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	Seite 6
2 KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK	Seite 8
3 BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION	Seite 12
4 FINANZEN UND STEUERN	Seite 16
5 RECHT, WETTBEWERB UND UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG	Seite 18



PRIORITÄTEN

Um Wachstum, Arbeitsplätze und Innovationskraft der Kunststoff verarbeitenden Industrie im Industrieland Deutschland auch künftig zu erhalten, sind unterstützende und verlässliche politische und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig. Priorität haben für uns

- wettbewerbsfähige Strompreise in Deutschland im Verhältnis zum übrigen Europa,
- effiziente Ressourcennutzung durch Verwendung moderner Werkstoffe und
- bessere Förderung von Innovationen mittelständischer Unternehmen.

Der Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) fordert die politischen Entscheidungsträger außerdem dazu auf, den im Folgenden beschriebenen Themenfeldern in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Bad Homburg, Februar 2017



1 RESSOURCENEFFIZIENZ, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Produkte aus Kunststoff ermöglichen es, ein Vielfaches dessen an Energie und Ressourcen zu sparen, was zu ihrer Herstellung und Verarbeitung benötigt wird. So helfen zum Beispiel moderne Kunststoffverpackungen, den Lebensmittelverderb durch verlängerte Haltbarkeit einzuschränken. Die Ressourcenproduktivität vieler Kunststoffprodukte konnte in den vergangenen Jahren durch Innovationen der Unternehmen weiter verbessert werden.

Die Kunststoff verarbeitende Industrie nimmt ihre Produktverantwortung sehr ernst. Die Verwertung gebrauchter Kunststoffprodukte ist in Deutschland hervorragend etabliert. Von den im Jahr 2015 angefallenen 5,9 Millionen Tonnen Kunststoffabfällen wurden 99 Prozent werkstofflich oder energetisch verwertet. Deutschland zählt damit zur Spitzengruppe der Europäischen Staaten in der Verwertung von Kunststoffabfällen.

- Sowohl die werkstoffliche als auch die energetische Verwertung von Kunststoffprodukten am Ende des Lebenszyklus müssen weiter möglich sein, damit ökoeffizient Primärrohstoffe und Primärbrennstoffe erzeugt werden können.

- Die Kunststoff verarbeitende Industrie unterstützt die Schaffung und Umsetzung eines modernen Verpackungsgesetzes einschließlich der Einrichtung einer Zentralen Stelle und einer maßvollen Anhebung der Verwertungsquoten.
- Europäische Vorschriften des Abfallrechts müssen europaweit einheitlich umgesetzt und vollzogen werden. Wir treten für ein europaweites Verbot der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle nach deutschem Vorbild ein.
- Den Eintrag von Kunststoffabfällen in die Umwelt, speziell in Gewässer, sehen wir mit Sorge. Die Kunststoff verarbeitende Industrie bringt sich konstruktiv in die Debatte um die Vermeidung von Marine Litter ein. Wir unterstützen die Gewinnung besserer Erkenntnisse zu den Eintragungspfaden von Kunststoffabfällen und Kunststoffpartikeln in die Gewässer sowie eine bessere präventive Information von Verbraucherinnen und Verbrauchern.
- Die Kunststoff verarbeitende Industrie setzt sich für Verbraucherschutz und höchste Produktsicherheit ein. Ein langfristig stabiles und EU-weit einheitlich angewendetes Chemikalienrecht ist notwendig, um den Unternehmen eine zuverlässige Umsetzung der Vorschriften zu ermöglichen.



2 KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Kunststoffprodukte, etwa Leichtbau-Komponenten für die Luftfahrt- und die Automobilindustrie, Elemente von Photovoltaik- und Windenergieanlagen sowie Gebäudedämmstoffe, senken nachhaltig den Bedarf an fossilen Energieträgern, ermöglichen die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen und helfen, Treibhausgas-Emissionen zu vermindern.

- Die Kunststoff verarbeitende Industrie appelliert an politische Entscheidungsträger, die klima- und energiepolitischen Konzepte und Maßnahmen des Bundes und der Länder miteinander in Übereinstimmung zu bringen und die europäische Energieunion konsequent weiterzuentwickeln.
- Grundsätzlich muss darüber hinaus mehr Rechts- und Planungssicherheit für die Wirtschaft geschaffen werden.

Die Energiewende hat mit Ausnahme des Ausbaus der erneuerbaren Energien keines ihrer Ziele erreicht. Trotz diverser Novellierungen und Neufassungen des Erneuerbare-Energien-

Gesetzes (EEG) konnte keine Stabilisierung der Kosten des Ausbaus Erneuerbarer Energien erreicht werden. Zusätzliche Kosten des Netzausbaus, Kosten für Redispatch und Einspeisemanagement im Rahmen der Netzentgelte werden zu einem weiteren Anstieg der Strompreise in Deutschland führen. Hohe Strompreise gefährden die Wettbewerbsfähigkeit vieler Kunststoffverarbeiter in Deutschland und verhindern dringend erforderliche Investitionen.

- Die Kosten des Ausbaus erneuerbarer Energien müssen in Zukunft effektiv begrenzt werden. Der Gesetzgeber ist gefordert, ein effizientes marktwirtschaftliches Fördersystem zu installieren, das die erneuerbaren Energien in einen Wettbewerb untereinander stellt.
- Die Finanzierung der Energiewende soll künftig als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und nicht mehr ausschließlich über Umlagen auf den Strompreis finanziert werden.
- Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes kann erheblich zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen. Wir treten ein für eine steuerliche Förderung der energetischen Sanierung und größere Transparenz der Förderangebote.

- Der Leichtbau mit Kunststoffen bietet erhebliche Potentiale im Rahmen der Energie- und Klimapolitik. Damit Deutschland seine Position als Leitanbieter in diesem Feld halten kann, sind auch künftig Fördermaßnahmen durch die öffentliche Hand erforderlich. Wünschenswert sind Förderinitiativen für eine detaillierte Marktanalyse, den Ausbau und die Internationalisierung des Kompetenzatlas Leichtbau sowie internationale Messe- und Veranstaltungsauftritte.





3 BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION

Der demografische Wandel und die weiter wachsende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften stellen die Wirtschaft bereits heute vor enorme Herausforderungen. Der Trend zu einer Industrie 4.0 wird auch die Arbeitswelt in den Industriebetrieben verändern. Unser Bildungssystem muss auf diese Anforderungen ausgerichtet werden. Um das Innovationspotential von Kunststoffen im Industrieland Deutschland nutzen zu können, bedarf es guter Rahmenbedingungen in den Unternehmen und in der Forschung.

- Die duale Berufsausbildung soll angesichts hoher Zahlen von Studienabbrüchen in Zukunft für Abiturientinnen und Abiturienten wieder attraktiver werden. Schulen sämtlicher Schulformen sollen Schüler konsequent auf die Ausbildungsfähigkeit in der dualen Berufsausbildung vorbereiten. Besonderer Wert ist auf die Vermittlung von Wissen und Methoden im mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereich zu legen.

- Die Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Einwanderern in Ausbildung oder qualifizierte Beschäftigung erfordert vor allem wegen fehlender Deutschkenntnisse und oft geringer Qualifikationen ein langfristiges Engagement aller Akteure. Das Bildungssystem ist gefragt, eine bestmögliche Vorbereitung junger Menschen aus diesen Gruppen auf eine Ausbildung oder ein Studium in Deutschland zu gewährleisten.
- Die technische und informationstechnische Ausstattung der Schulen muss deutlich verbessert werden, damit Medienkompetenz und technische Kompetenz im Schulalltag vermittelt werden können. Durch den Einsatz der Technologie des 3D-Drucks im Schulunterricht können junge Menschen frühzeitig an das Gestalten mit modernen Werkstoffen herangeführt werden.
- Wir treten für eine Vereinheitlichung bildungspolitischer Länderregelungen und -strukturen ein. Fachklassen im Rahmen der Berufsausbildung sollen auch über Bundesländergrenzen hinweg eingerichtet werden.

- Bei der Ausgestaltung von Studiengängen und bei der Besetzung von Lehrstühlen soll darauf geachtet werden, dass die Kunststofftechnik entsprechend dem Stellenwert des Werkstoffs in der Wirtschaft berücksichtigt wird.
- Wir streben ein Punktesystem-basiertes Gütesiegel für Fort- und Weiterbildungsaktivitäten mit Unterstützung des Bundesinstituts für Berufsbildung an.
- Wir treten ein für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung in Deutschland zusätzlich zur Projektförderung, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern. Eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen kann dabei einen geeigneten Einstieg darstellen.
- Gemeinnützige Industrieforschungseinrichtungen sollen künftig verlässliche Förderbedingungen und einen gegenüber Hochschulen und Großforschungseinrichtungen mit staatlicher Grundfinanzierung gleichberechtigten Zugang zu den Förderprogrammen des Bundes erhalten.





4 FINANZEN UND STEUERN

Die andauernde Niedrigzinsphase eröffnet der Politik die Chance, den Schuldenstand der öffentlichen Haushalte zurückzuführen und steuerpolitische Strukturreformen mit dem Ziel der Entlastung des Mittelstandes in Angriff zu nehmen. Dadurch werden notwendige Investitionen im Industrieland Deutschland erleichtert.

Die Kunststoff verarbeitende Industrie in Deutschland ist überwiegend mittelständisch geprägt. Viele Branchenunternehmen sind Familienunternehmen. Deshalb fordern wir gute Rahmenbedingungen für den Übergang von Familienunternehmen auf die nächste Generation:

- Die Verschonung von Betriebsvermögen im Rahmen der Erbschaftssteuer muss auch in Zukunft sichergestellt bleiben. Die strukturelle Überbewertung von familiengeführten Unternehmen bei der Erbschaftsteuer muss behoben werden.

- Die Anwendung des neuen Erbschaftsteuerrechts soll pragmatisch und handhabbar ausgestaltet werden (Verschonungsbedarfsprüfung, Nachweis des Erhalts von Arbeitsplätzen).
- Der Rechtsanspruch auf Stundung der Erbschaftsteuer soll für zehn Jahre zinslos gewährt werden und auch für Steuerschuld auf Verwaltungsvermögen sowie bei Schenkungen Anwendung finden.

Das Steuersystem darf weder die Substanz der Unternehmen aufzehren, noch notwendige Produktivitätssteigerungen bestrafen. Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und neue Überlegungen zu einer Maschinen- bzw. Digitalisierungssteuer lehnen wir daher ab.



5 RECHT, WETTBEWERB UND UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG

Vertragsfreiheit und effektiver Rechtsschutz zählen zu den Kernelementen der sozialen Marktwirtschaft. Die Anzahl und der Detaillierungsgrad bürokratischer Vorschriften und Regelungen sind in den vergangenen Jahren weiter gewachsen. Der Gesetzgeber muss in Zukunft noch stärker darauf achten, dass der Rechtsrahmen für die Unternehmen praktikabel gestaltet ist. Chancen für den Bürokratieabbau müssen konsequent genutzt werden.

- Die Wirtschaft hält durch unternehmensinterne Compliance-Maßnahmen die Mitarbeiter an, das Wettbewerbsrecht zu beachten und mögliche Kartellrechtsverstöße aufzudecken. Der Gesetzgeber sollte die Compliance-Kultur der Wirtschaft durch gesetzliche Anreize zur Einführung von Compliance-Systemen stärken.
- Um die Transparenz hinsichtlich der ökologischen und sozialen Dimension der Nachhaltigkeit entlang von Lieferketten sicherzustellen, unterstützen wir die Einführung und Weiterentwicklung freiwilliger Branchenstandards.

- Das deutsche AGB-Gesetz hat sich in seiner geltenden Form bewährt – auch im Verhältnis zwischen Unternehmen. Bestrebungen, das AGB-Recht im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen aufzuweichen, lehnen wir ab.



Die GKV-Trägerverbände



Impressum

Herausgeber: Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV) • Verantwortlich: Dr. Oliver Möllenstädt, Hauptgeschäftsführer
Kaiser-Friedrich-Promenade 43 • 61348 Bad Homburg • Tel. 06172 92 66 61 • Fax 06172 92 66 74 • info@gkv.de • www.gkv.de

Bildquellen: Seite 1 © adempercem - fotolia.com • Seite 5 © Denis Rozhnovsky - fotolia.com • Seite 11 © rcfotostock - fotolia.com

Seite 15 © Syda Productions - fotolia.com • Seite 20 © Denis Rozhnovsky - fotolia.com